STADT BIELEFELD
- Psychiatriebeirat -

Sitzung Nr.
PB/005/2026
(2025-2030)

Niederschrift

über die Sitzung des Psychiatriebeirates

am 09.09.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 13:30 Uhr
Sitzungspause: 14:15 - 14:25 Uhr
Ende: 16:13 Uhr

Anwesend:

Mitglieder
Herr Özgür Aydin
Frau Sonja Bergenthal
Frau Anke Berkemeyer
Frau Heleen Eva Blondeel
Frau Bernadette Brandtmann
Frau Daniela Brandtner
Frau Dilek Dogan-Alagöz
Herr Frank Gauls
Herr Rainer Göke
Frau Carmen Hammer
Frau Andrea Kröpp
Frau Cornelia Neumann
Herr Boris Niemann
Herr Udo Pohle
Frau Nadine Schmerbach
Frau Nicola Steininger
Frau Annegret Storp

Verwaltung

Frau Silke Aron	Sozialamt	Zu TOP 2.1
Herr Gabriel Gerber	Büro für Sozialplanung	Zu TOP 4, bis 14:15 Uhr
Herr Sören Wiebusch	Büro für Sozialplanung	Zu TOP 5, ab 15:55 Uhr

Schriftführung
Frau Britta Zimmermann

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Aydin begrüßt die Anwesenden zur 5. Sitzung des Psychiatriebeirates und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Zur Tagesordnung bittet Frau Bergenthal, eine mündliche Mitteilung ergänzen zu dürfen (TOP 2.4).
Es gibt keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 **Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Psychiatriebeirates am 01.07.2026 - Lokales Steuerungs- und Planungsgremium - LSP - (ehemals Regionalplanungskonferenz) - Teil 1**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Psychiatriebeirates am 01.07.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Neuorganisation im Dezernat für Integration und Soziales: Zusammenlegung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt - (500) und des Büros für Sozialplanung (540)**

Vorsitzender Herr Aydin begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die neue Amtsleitung des Sozialamtes, Frau Silke Aron. Sie stellt sich dem Gremium kurz vor. Sie erklärt die geplante Neuorganisation des Sozialamtes mit einer Doppelspitze, welche aus Herrn Marco Imkamp als operative Leitung und ihrer Person als strategische Leitung besteht.

- Der Psychiatriebeirat nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Befragung pflegender Angehöriger in Bielefeld**

- Der Psychiatriebeirat nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 2.3 **Mietspiegel 2026**

- Der Psychiatriebeirat nimmt den Mietspiegel 2026 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 2.4 **11. Woche der seelischen Gesundheit vom 1. bis 16. Oktober 2026**

Frau Bergenthal weist auf die 11. Woche der seelischen Gesundheit vom 1. bis 16. Oktober 2026 hin.

- Der Psychiatriebeirat nimmt die mündliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Fortschreibung des schlüssigen Konzeptes - neue Kosten der Unterkunft ab 01.08.2026**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1857/2025-2030

- Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage 1857/2025-2030 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Berichterstattung aus dem Kooperationsmodell Streetwork**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1827/2025-2030 und
1981/2025-2030

Vorsitzender Herr Aydin begrüßt zur Berichterstattung zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Gabriel Gerber aus dem Streetwork-Team des Büros für Sozialplanung.

Herr Gerber erklärt die Entstehung des Kooperationsmodells Streetwork aus kommunalen Streetworker*innen und Streetworker*innen diverser sozialer Träger. Seit 2023 gebe es gemeinsame Einsatzstrukturen und Fallbesprechungen. Dabei nähmen die Akteure unterschiedliche Zielgruppen in den Blick, um einerseits Doppelstrukturen zu vermeiden und andererseits ein ganzheitliches Lagebild zu erhalten.
Die städtischen Streetworker*innen führten bisher jeweils zwei regelhafte Einsätze pro Woche an der sog. „Tüte“ und dem Kesselbrink durch, sowie weitere regelhafte Einsätze in den Außenbereichen. Darüber hinaus würden sie bei Nachfragen und Meldungen gezielt tätig.

Als Fazit hält er fest: es gebe zunehmend mehr Personen, die betroffen seien von

- Substanzabhängigkeit (insbesondere Crack),
- Psychischer Erkrankung,
- Sprachproblemen und/oder,
- Obdachlosigkeit.

Oftmals seien sie in anderen Kommunen gemeldet und hätten dadurch keinen Zugang zum örtlichen Hilfesystem.

Das Kooperationsmodell führe zu mehr Kontakten über längere Zeit und mache die Streetworker*innen handlungsfähiger. Das frühe Eingreifen

wirke präventiv und beuge Krisensituationen vor. Allerdings sei die personelle Situation bei der städtischen Streetwork ab Oktober deutlich eingeschränkt, was die aufsuchende Hilfe erschwere.

Im Anschluss beantwortet Herr Gerber Fragen der Anwesenden.
Der Vorsitzende Herr Aydin bedankt sich für die Berichterstattung und verabschiedet Herrn Gerber. Dann unterbricht er die Sitzung für eine kurze Pause.

PAUSE *Sitzungsunterbrechung von 14:15 Uhr bis 14:25 Uhr*

Nach Wiedereintritt in die Sitzung stellt Frau Carmen Hammer folgenden **Antrag zur Stellenbesetzung im Streetwork**:

Antragstext:
Beschlussvorschlag:
Der Psychiatriebeirat empfiehlt dem SGA dem Rat zu empfehlen zu beschließen, die vakanten Stellen des Streetwork der Stadt Bielefeld trotz Haushaltssperre schnellstmöglich zu besetzen.
Begründung:
Der wachsende Bedarf erfordert die Sicherstellung der regelhaften und aufsuchenden Einsätze des Streetwork. Einsätze müssen immer zu zweit durchgeführt werden.

Vorsitzender Herr Aydin lässt über den Antrag abstimmen:

Beschluss:

Der Psychiatriebeirat empfiehlt dem SGA dem Rat zu empfehlen zu beschließen, die vakanten Stellen des Streetwork der Stadt Bielefeld trotz Haushaltssperre schnellstmöglich zu besetzen.

- einstimmig beschlossen -

- Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage 1827/2025-2030 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

- -

Hinweis der Schriftführung: TOP 6 wurde vor TOP 5 beraten.

- -

Zu Punkt 5 **Weiterentwicklung der Hilfen - Maßnahmen zur Reduzierung von Verelendung bei Menschen auf der Straße**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1828/2025-2030

Vorsitzender Herr Aydin begrüßt als Berichterstatter Herrn Wiebusch, der die Verwaltungsvorlage und die vier Beschlusspunkte erläutert.

Die im letzten Jahr beschlossene „90/10-Regelung“ für den Drogenkonsumraum habe sich bewährt und solle verstetigt werden. Der befürchtete Sog-Effekt sei nicht eingetreten.

Herr Wiebusch erläutert die aktuelle Situation an der „Tüte“ mit der Verkleinerung der Aufenthaltsfläche und den dadurch steigenden sozialen Druck. Die Suche nach alternativen Aufenthaltsflächen der offenen Drogenszene gestalte sich schwierig. Der vorgeschlagene Prüfauftrag für eine Aufenthaltsfläche unmittelbar am Drogenhilfezentrum sei keine Wunschlösung - besser wäre eine Fläche näher an der „Tüte“ -, aber möglicherweise ein konsensfähiger Kompromiss.

Herr Wiebusch schildert die Erfahrungen der Nachtöffnung des Drogenhilfezentrums im letzten Winter. Für eine Anlaufstelle in Bahnhofsnähe seien mittlerweile zahlreiche Standorte geprüft worden, ohne dass sich eine Realisierungschance gezeigt habe. Ein Nachtcafé im Drogenhilfezentrum wäre zwar eine Kompromisslösung, könnte aber kurzfristig umgesetzt werden.

Auch die Versorgung von suchterkrankten Wohnungslosen sei sicherzustellen, komme aber bei bestimmten Personengruppen an ihre Grenzen.
Hierfür gebe es eine erste Idee, nahe des Drogenhilfezentrums eine entsprechende Unterkunft zu errichten und Synergieeffekte zu nutzen Hierfür sollten die Finanzierung, die inhaltliche Machbarkeit und eine fachliche Einschätzung zunächst konkret geprüft und ausgearbeitet werden.

Abschließend berichtet Herr Wiebusch über die Problematik von Hilfeleistung für EU-Bürger*innen und mögliche Lösungsansätze.

Vorsitzender Herr Aydin lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Psychiatriebeirat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zu beschließen:

1. **Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Drogenberatung e. V., den Zugang zum Drogenhilfezentrum – insbesondere zum Drogenkonsumraum – weiterhin auch für Nicht-Bielefelderinnen zu ermöglichen, sofern diese der Bielefelder Szene zuzuordnen sind. Dabei orientiert sich der Anteil der Nutzerinnen ohne Bielefelder Wohnsitz an der sog. 90/10 Regelung und ist systematisch zu erfassen.**

2. **Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob alternative Aufenthaltsflächen für die offene Drogenszene in direkter Nähe zum Drogenhilfezentrum als Ausweichort zum Treffpunkt an der „Tüte“ angeboten werden können. Dementsprechend werden vorerst keine Unterstandsgelegenheiten im Stadthallenpark errichtet.**

3. **Die Prüfung einer bahnhofsnahen Anlaufstelle wird nicht weiterverfolgt. Es konnte weder ein adäquater Standort gefunden werden noch lässt die Haushaltslage derzeit den Aufwand in Höhe von vss. 1 Mio. € zu.**

4. **Die Verwaltung wird beauftragt, als Ersatz für eine bahnhofsnahe Anlaufstelle die Einrichtung eines Nachtcafés am Drogenhilfezentrum zu prüfen.**

Da die Kombination verschiedener Angebote Synergieeffekte schaffen kann, wird die Verwaltung außerdem beauftragt, die Errichtung einer neuen Wohnungslosenunterkunft am Drogenhilfezentrum zu prüfen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 <u>Aufgabenwahrnehmung des Psychiatriebeirates</u>

Frau Bergenthal führt anhand einer Präsentation in die Aufgabenwahrnehmung des Psychiatriebeirates ein (Folie 1 – 5). Ihre Präsentation ist als **Anlage 1 zu TOP 6** der Niederschrift beigefügt.

Frau Dogan-Alagöz fragt nach der psycho**sozialen** Versorgung, die nicht ausdrücklich in der Satzung des Psychiatriebeirates genannt wird, und ob der Psychiatriebeirat die Satzung ändern könne. Frau Bergenthal antwortet, dass eine Ausweitung auf Themen der psychosozialen Versorgung kontrovers diskutiert worden und nicht abschließend entschieden sei.
Über eine Satzungsänderung entscheide der Rat, so dass hierfür eine politische Mehrheit notwendig sei. Frau Neumann bittet darum, dass der Psychiatriebeirat unter psychiatrischer Versorgung immer beides, die psychosoziale und die psychiatrische Versorgung verstehen und kommunizieren solle. Dies sei wichtig, weil sonst ein Teil der Versorgung aus den Überlegungen und Diskussionen herausfalle.

Frau Bergenthal geht auf die in der Satzung aufgeführte Regionalplanungskonferenz ein und erläutert, dass diese durch das neue Instrument Lokales Steuerungs- und Planungsgremium – LSP – ersetzt werde. Wie das in der letzten Sitzung gelaufen sei und wie es künftig passieren könne, solle nun diskutiert werden.

-.-.-

Zu Punkt 6.1 Nachbesprechung des Lokalen Steuerungs- und Planungsgremiums - LSP - am 01.07.2026

Herr Göke erläutert die Motive für das Lokale Steuerungs- und Planungsgremium und den Zusammenhang mit dem Bielefelder Projekt „Quartier inklusiv!“, einem Kooperationsprojekt der städtischen Inklusionsplanung und des LWL.

Herr Göke blickt auf die vergangene Sitzung des Psychiatriebeirates am 01.07.2025 zurück, die als Pilotveranstaltung für das neue Format „LSP“ konzipiert und durchgeführt worden sei. Es gebe einen Beschluss des Arbeitsausschusses der Sozialdezernent*innen beim LWL, der Mindeststandards für eine künftige kooperative Sozialplanung vorsehe. Die vom Psychiatriebeirat in der Pilotveranstaltung getesteten Instrumente könnten für den Einstieg in eine kooperative Sozialplanung zwischen LWL und Kommune genutzt werden. Dies werde mit den einzelnen Regionen, die sehr unterschiedlich aufgestellt seien, erarbeitet und verhandelt.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zum Handlungsfeld „Wohnangebote für junge Erwachsene mit psychischen Erkrankungen“ am 01.07.2026 sowie die Feedbackbögen seien vom LWL ausgewertet worden. Diese Auswertung werde nun in das Projekt „Quartier inklusiv!“ eingearbeitet und die Instrumente würden weiterentwickelt. Auf der Homepage des LWL werde es umfangreiches Material zu dem Projekt „Quartier inklusiv!“ und den Werkzeugen geben. Diese Instrumente sollten in ganz Westfalen-Lippe ausgerollt werden.

Zum Projekt „Quartier inklusiv!“ und den Rückmeldungen gebe es eine Abschlussveranstaltung am 10.11.2026 von 17 bis ca. 20 Uhr in den Zukunftswerkstätten Bielefeld. Die Einladung und Anmeldung sind diesem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.
Das Projekt „Quartier inklusiv!“ werde auch über einen Fachtag des LWL zum Thema „Sozialraum“ am 06.11.2026 in Münster bekannt gemacht.

Frau Neumann fragt, wie die verschiedenen Netze der psychiatrischen Versorgung und der psychosozialen Versorgung ineinandergreifen und wie das im LSP berücksichtigt würde. Weiterhin möchte sie wissen, ob es dabei auch um freiwillige Leistungen oder nur um Pflichtleistungen gehe. Herr Göke regt daher an, dies zum Thema im Gremium zu machen und dort zu klären. Frau Neumann ergänzt, ihr sei wichtig, dass auch die psychosozialen Angebote bei Planungen mitgedacht und mitberücksichtigt würden.

Im Anschluss gibt Vorsitzender Herr Aydin Gelegenheit zu Rückmeldungen zur Sitzung am 01.07.2026:

- „Wir haben in unserer Gruppe alle etwas anderes verstanden, was wir tun sollten“.
- „Das Projekt zeigte die verschiedenen Gesichtspunkte auf die Problematik.“
- „Ziele entwickeln und deren Umsetzung zu erarbeiten ist Bestandteil unserer Arbeit. Es hat das Gefühl von Wiederholung erzeugt. Was ist der Gewinn? Wo bleibt die Verstetigung?“

- „Es hat mir gefallen, dass wir ein konkretes Handlungsfeld hatten. Wie werden die Vorschläge umgesetzt?“

Auf Nachfrage erklärt Herr Göke, dass die Arbeitsaufträge der Arbeitsgruppen weiterbearbeitet würden, dies teilweise aber auch im Psychiatriebeirat selbst. Er verweist auf die Möglichkeit, die Wirkungskontrolle zum konkreten Handlungsfeld in einem Jahr durchzuführen, um die Umsetzung der Maßnahmen und deren Wirksamkeit zu bewerten.

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Vorbesprechung des nächsten Lokalen Steuerungs- und Planungsgremiums - LSP

Frau Bergenthal gibt einen kurzen Rückblick auf die Themenvorschläge, die im Psychiatriebeirat für die neue Legislaturperiode bis 2030 zusammengetragen wurden (Folien 6 -14). Sie wurden „geclustert“ und in der Sitzung im Mai zusammen mit Bearbeitungsvorschlägen vorgestellt. Daraufhin habe sie eine Abfrage zur Mitarbeit initiiert, auf die leider nur wenige Rückmeldungen erfolgt seien.
Nun stelle sich die Frage, welches Thema in der kommenden LSP bearbeitet werden solle. Herr Aydin ergänzt um die Frage, welche Form der Zusammenarbeit und Mitwirkung erwünscht bzw. überhaupt möglich sei.
Frau Neumann möchte die Präsentation in der PSAG vorstellen und dort ein Meinungsbild und eine Priorisierung erfragen. Sie sieht die Chance, die verschiedenen Hilfesysteme zu verbinden. Als Beispiel nennt sie die Thematik der Verschiebung von Klient*innen zwischen Therapie- und Beratungsangeboten.
Frau Hammer gibt zu bedenken, dass geklärt werden solle, was mit den vielen Zahlen bei einer Planungskonferenz passiere und wozu sie genutzt werden könnten. Sie wolle gerne etwas anderes ausprobieren, als nur die Versorgungslücken anhand von Daten darzustellen.
Frau Brandtner sieht die Chance auf mehr Teilhabe und begrüßt es, wenn der Psychiatriebeirat konkrete Empfehlungen formuliert. Dafür sei eine Vorbereitung auf die Themen notwendig.
Herr Pohle fragt sich, was er zu den aufgerufenen Themen beitragen könne.
Frau Bergenthal bittet um ein Votum, ob die Themen des Cluster 3 – Ambulante Versorgung Erwachsene – (Folie 8) auf der nächsten LSP behandelt werden sollen und wer bei der Vorbereitung mitarbeiten möchte.

Die Anwesenden sind einverstanden mit dem Vorschlag, dass sich eine Vorbereitungsgruppe für die Sitzung am 25.11.2026 zum Cluster „Ambulante Versorgung Erwachsene“ mit den vier zugeordneten Themen bildet.
Hierfür melden sich

- Frau Brandtner
- Frau Hammer
- Herr Göke
- Herr Pohle
- Frau Dogan-Alagöz.

-.-.-

Zu Punkt 6.3 **<u>Künftige Zusammenarbeit im Psychiatriebeirat</u>**

Das Thema wurde unter TOP 6.2 mitdiskutiert, ohne dass der Psychiatriebeirat zu einer konkreten Absprache gekommen ist.

-.-.-

Özgür Aydin	Britta Zimmermann